

ARCHIVINFORMATIONEN

der Arbeitsgemeinschaft

bayerischer Kommunalarchivare

Nr. 17

August 2001

Protokoll der 35. Tagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchivare am 4. Mai 2001 in Ingolstadt

Die 35. Tagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchivare fand im Rahmen des 2. Bayerischen Archivtages am 4. Mai 2000 in Ingolstadt statt. Sie wurde vom Geschäftsführenden Vorstand *Hans-Joachim Hecker* (Stadtarchiv München) organisatorisch vorbereitet.

Das Tagungspräsidium lag beim Leiters Stadtarchivs München, *Dr. Richard Bauer*, der am Freitagnachmittag im Gebäude der Ingolstädter Volkshochschule zahlreiche Kolleginnen und Kollegen zur Versammlung der Kommunalarchivare begrüßen konnte.

1. Verfahren bei Anfragen wegen Zwangsarbeit

Hans-Joachim Hecker (Stadtarchiv München) legte dar, daß die hohe Zahl der Anfragen verbunden mit dem Rückstau der auszuwertenden Unterlagen, die in den unterschiedlichsten Archiven auf Mikrofilm aufgenommen wurden, bislang beim Internationalen Suchdienst in Arolsen zu erheblichen Wartezeiten für die Antragssteller führten. Nach zum Teil kontrovers geführten Diskussionen wurden zwischen Vertretern des Bundesarchivs, der Länderarchivverwaltungen sowie des Bundesverbandes „Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.“ mit Sitz in Köln eine Einigung über das Vorgehen erzielt. Da ohne die Heranziehung von Unterlagen direkt aus den Archiven die Anfragen zum Teil nicht beantwortet oder bislang negative Antworten des Suchdienstes gegebenenfalls korrigiert werden müssen, werden die Anfragen an Koordinierungsstellen auf Länderebene verteilt. In Bayern erfüllt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns diese Funktion. Von dort werden die Anfragen dann an die Staatsarchive, die großen Stadtarchive bzw. die kommunalen Archive in den Industrieregionen versandt. *Hans-Joachim Hecker* betonte, daß mit der Bescheinigung durch die Archive nicht die Tatsache der Leistung von Zwangsarbeit bestätigt wird, sondern vielmehr eine melderechtliche Bestätigung für einen bestimmten Zeitraum ausgestellt wird. Das Problem, ob tatsächlich von der betreffenden Person Zwangsarbeit geleistet wurde, bleibt damit offen, da die Archive letztlich nur Tatsachen bestätigen könnten ohne sich daraus evtl. ergebende rechtliche Schlußfolgerungen. Auch bei einer vermeintlich plausiblen Schilderung damaliger Zeitumstände sei ein anderer Weg als der des Nachweises der tatsächlichen Gegebenheit in Form einer Meldebestätigung für die kommunalen Archive in der Regel nicht möglich. Dies gilt auch für die Situation im ländlichen Raum.

In der Diskussion wurde auf die Problematik der unterschiedlichen Überlieferungslage hingewiesen. Trotz der Verluste der Kriegszeit bieten sich aber eine Reihe möglicher Ersatzüberlieferungen an. *Dr. Stefan Fischer* (Stadtarchiv Kaufbeuren) wies darauf hin, daß die Deutsche Arbeitsfront ebenfalls für Fragen der Zwangsarbeiter zuständig gewesen sei (Gesetz über die Behandlung der Zwangsarbeiter, Reichsgesetzblatt 1939, Ausführungsbestimmungen). Die Unterlagen der Lager der Displaced Persons bzw. der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA), die an die Vereinten Nationen abgegeben worden seien, bieten nach den Angaben von *Dr. Robert Zink* (Stadtarchiv Bamberg) weitere Ansatzpunkte für Recherchen. Auch die kommunalen Haushaltsunterlagen (Lohnlisten etc.) könnten nach Aussage von *Dr. Uwe Müller* (Stadtarchiv Schweinfurt) in diesen Fällen weiterführen.

2. Archivierung von digitalen Daten in Kommunalarchiven

Dr. Robert Zink (Stadtarchiv Bamberg) berichtete über die vom Unterausschuß EDV der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag geplanten Leitlinien zur Archivierung digitaler Unterlagen. Der Entwurf dieser Leitlinien liegt bereits vor und soll dem Plenum der BKK in der nächsten Sitzung vorgelegt und noch im Herbst 2001 vom Deutschen Städtetag an die Mitgliedsgemeinden versandt werden. Der Text ist inzwischen für die Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages im Extranet des Spitzenverbandes abrufbar und kann auch direkt von

Herrn Dr. Zink (stadtarchiv@bamberg.de) oder von Herrn Gehring (horst.gehringer@muenchen.de) angefordert werden.

3. Weiterentwicklung des Einheitsaktenplans

Nach den Ausführungen von *Horst Gehring* (Stadtarchiv München) werden die von der Arbeitsgruppe zur Reform des Einheitsaktenplanes unter dem Vorsitz von Dr. Bodo Uhl (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) erarbeiteten Ergänzungen voraussichtlich bis zum Jahresende 2001 fertiggestellt sein. Bis zur Jahrestagung 2002 soll der Einheitsaktenplan in seiner neuen Form vorgestellt werden können.

4. Verschiedenes:

Dr. Robert Zink berichtete von der letzten Sitzung der Bundeskonferenz Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK). Dabei ging es insbesondere um die Novellierung des Bundesarchivgesetzes, bei der die bereichsspezifische Geheimhaltungsvorschrift von derzeit 80 Jahren auf 50 Jahre verkürzt werden soll. Allerdings ist das Gesetzgebungsverfahren noch im Gange, so daß noch keine endgültige Festlegung in dieser Frage getroffen wurde. Weiterhin standen in der BKK ein Akteninformationsgesetz zur Diskussion, das über die geltenden Verwaltungsverfahrensgesetze hinaus nach dem Vorbild der USA Einblick in laufende Verfahrensakte gewähren soll, die Produktkennzahlen im Rahmen der Verwaltungsreform sowie ein Papier über die Grundlagen, Aufgaben und Perspektiven der kommunalen Selbstverwaltung unter Mitwirkung der Archive. Schließlich wurde von der Empfehlung des Deutschen Städtetages berichtet, nach der in allen kommunalen Einrichtungen nach Bildern und anderen Kunstgegenständen geforscht werden soll, die im Deutschland zwischen 1933 und 1945 insbesondere jüdischen Familien geraubt wurden. Ziel dieser Nachforschung ist die Rückgabe dieses Kulturguts an die rechtmäßigen Eigentümer bzw. deren Nachkommen.

Mit dem Dank an die Stadt Ingolstadt, vor allem an Frau Dr. Beatrix Ettelt-Schönewalt und Herrn Edmund Hausfelder vom Stadtarchiv, für die Vorbereitung schloß *Dr. Richard Bauer* die Tagung. Die 36. Tagung der Arbeitsgemeinschaft wird vom 28. bis 29. Juni 2002 in Dingolfing stattfinden.

Horst Gehring
Stadtarchiv München